

Regionale Dimensionen des zweiten Tschetschenienkriegs: Teil 2: Die südliche GUS und die 'islamische Welt'

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (2000). *Regionale Dimensionen des zweiten Tschetschenienkriegs: Teil 2: Die südliche GUS und die 'islamische Welt'*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 2/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44861>

Nutzungsbedingungen:

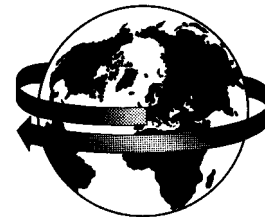
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 2/2000

3. Januar 2000

Regionale Dimensionen des zweiten Tschetschenienkriegs

Teil II: Die südliche GUS und die "islamische Welt"

Zusammenfassung

Innerhalb der GUS fallen Reaktionen auf den zweiten Tschetschenienkrieg unterschiedlich aus. Während Georgien und Aserbaidschan sich in seinem Gefolge verstärktem Druck aus Moskau ausgesetzt sehen, fällt für zentralasiatische GUS-Mitglieder bei der Bewertung der russischen Militäraktionen im Nordkaukasus jener Aspekt ins Gewicht, den Rußland seit Beginn der Kampfhandlungen in Dagestan besonders herausgestellt hatte: der Kampf gegen subversive, extern unterstützte "islamistische" Kräfte. Usbekistan schwenkt über dieses Thema derzeit von einer rußlandkritischen Außen- und Sicherheitspolitik zu verstärkter bilateraler Kooperation mit Rußland um. In der islamischen Welt fiel die Reaktion auf den Krieg zurückhaltender aus als im westlichen Teil der Staatengemeinschaft. Allerdings besteht hierbei ein krasser Unterschied zwischen Reaktionen auf der Regierungsebene und solchen in der Bevölkerung.

Die GUS-Dimension

Am 15. Dezember wurden in einer Sitzung des Sicherheitsrats der Russischen Föderation zwei Hauptpunkte verhandelt: die GUS-Politik Rußlands und die "Anti-Terror-Operationen in Tschetschenien". Ministerpräsident Putin betonte wie vor ihm schon andere russische Regierungschefs, daß die GUS-Politik "absolute Priorität" besitze. "Ohne irgendwen oder irgendwas innerhalb unserer Zone strategischer Interessen hervorzuheben, sollten wir jedem dieser Staaten eine strategische Partnerschaft anbieten. (...) Wir wissen, daß westliche Staaten derzeit sehr viel Mühe darauf verwenden, dies zu tun. Sie versuchen, einige GUS-Staaten von Rußland wegzuziehen. (...) Gerade hinsichtlich der Ereignisse der letzten Monate – in Kirgistan, in Usbekistan und in einigen anderen Staaten – muß es für jeden klar geworden sein, daß die ehemaligen Sowjetrepubliken natürliche Verbündete im exsowjetischen Raum sind. (...) Rußland muß mit diesen Staaten ohne Ambitionen und auf der Grundlage der Gleichheit zusammenarbeiten".¹ Bei der Behandlung der "Anti-Terror-Operationen" ging es um die "dritte Etappe" (Einnahme des südlichen Landesteils Tschetscheniens). In dem Zusammenhang wurde ein GUS-Mitglied, nämlich Georgien, durch die Behauptung, entlang des tschetschenisch-georgischen Grenzabschnitts sammelten sich ausländische Söldner, Waffen und Gelder, negativ hervorgehoben.

¹ NTV, 15.12.1999; SWB SU/3720 B/6 [16] 17.12.1999.

Unter allen GUS-Staaten reagierte Georgien am stärksten auf den Krieg – mit wachsender Angst, in die Feindseligkeiten im Nordkaukasus hineingezogen zu werden.² Ein anderes Verhältnis zu dem Krieg herrscht in Zentralasien vor, das 1999 durch mehrere subversive Akte mit islamistischem Hintergrund in Alarmstimmung versetzt wurde. In dieser Region vollzog während des zweiten Tschetschenienkriegs gerade Usbekistan, das Moskau in den letzten Jahren durch seine außen- und sicherheitspolitische Annäherung an westliche Partner und seine Kritik an der GUS und an russischen Vormachtsansprüchen innerhalb der "Gemeinschaft" provoziert hatte, eine Kehrtwende. War Usbekistan in der ersten Jahreshälfte 1999 noch aus dem kollektiven Sicherheitsvertrag der GUS aus- und der "Gegenveranstaltung", der GUAM (Abkürzung für: Georgien, Ukraine, Aserbaidschan, Moldova) genannten Staatengruppe, beigetreten und hatte sich damit unter die rußlandkritischen Dissidenten innerhalb der GUS begeben, entdeckte man in Taschkent in der zweiten Jahreshälfte Rußland wieder verstärkt als Sicherheitspartner bei der Bekämpfung der "islamischen Gefahr" aus dem Süden. Usbekistan hatte in der Vergangenheit mehrere außenpolitische Schwenker zwischen Moskau und Washington vollzogen, ohne dabei allerdings bilaterale Sicherheitsbeziehungen mit Rußland ganz aufzugeben. Ein Vernichtungskrieg gegen islamistische Rebellen ist nach dem Geschmack des usbekischen Präsidenten Islam Karimow, der noch beim Dagestankrieg im August 1999 gespottet hatte, er könne Rußland beibringen, wie man "Wahhabiten" bekämpft. Inzwischen zeigt er sich von Rußlands Vorgehen offenbar beeindruckt. Auf einer Pressekonferenz vom 11. Dezember unterstützte er die Darstellung Moskaus, wonach Tschetschenien zu einem Hort des internationalen Terrorismus geworden sei.³

Die Bühne für eine Intensivierung der sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen Usbekistan und Rußland gab der Staatsbesuch des Ministerpräsidenten Putin in Taschkent vom 9. bis 10. Dezember ab. Dabei wurden bilaterale Abkommen unterzeichnet, darunter eines über Sicherheitskooperation, was in der russischen Presse als eine Kehrtwende Usbekistans gewertet und folgendermaßen erklärt wurde:

"Nach den Kämpfen in Kirgisien (mit der Infiltration wahhabitischer Banden) wurde klar, daß sich Usbekistan auf seine Nachbarn nicht verlassen kann. Weder Kirgisien noch Tadschikistan sind in der Lage, dem Ansturm islamischer Kämpfer Widerstand entgegenzusetzen. Offensichtlich lohnt es sich auch nicht, auf die Hilfe der USA oder der NATO zu hoffen, obwohl im Verlauf der letzten zwei Jahre auf dem Territorium Usbekistans vom Pentagon finanzierte internationale Manöver abgehalten worden sind."⁴

Dagegen beklagte der Außenminister Kasachstans, daß Rußland im Nordkaukasus zu Gewaltmaßnahmen greife. Kasachstan habe stets der politischen Konfliktlösung den Vorzug gegeben. Allerdings habe Präsident Nasarbajew auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul davor gewarnt, alle Verantwortung für die Ereignisse im Nordkaukasus auf Rußland zu schieben. Auch Kasachstan akzeptiere Separatismus und Terrorismus in keiner Form.⁵

Für die Staaten Zentralasiens fällt jener Aspekt ins Gewicht, der am Anfang der Kriegsentwicklung im Nordkaukasus gestanden hatte und der von der russischen Propaganda verstärkt wurde: die

² Siehe Teil I dieser Analyse.

³ "Mehr als 200 Bürger Usbekistans, Kasachstans, Tadschikistans und Kirgistanen wurden allein in Tschetschenien in letzter Zeit für Sabotageakte und als Terroristen ausgebildet. Wenn man allein diesen Faktor in Betracht zieht, daß Tschetschenien – und das ist eine Tatsache – Saboteure und Terroristen ausbildete, die bereits damit begonnen hatten, in ganz unterschiedlichen Regionen die Lage zu destabilisieren, ja zum Explodieren zu bringen, dann bin ich davon überzeugt, daß das tschetschenische Volk selber zur Geisel internationaler Terroristen geworden ist." Uzbekisches Fernsehen, zweites Programm, 11.12.1999, SWB SU/3717 G/1 [1], 14.12.1999.

⁴ Kommersant Daily, 10.12.1999 (Karimov snova družit s Rossiej).

⁵ Interfax-Kazakhstan, 8.12.1999: SWB SU / 3117 G/3 [8].

Behauptung, die Südflanke Rußlands und der GUS sei zum Tummelfeld internationaler Terroristen und "heiliger Krieger" geworden. Dabei fällt ins Gewicht, daß die "islamistischen Che Guevaras", die in bizarrer Fehleinschätzung geglaubt hatten, mit einem revolutionären Funken in Dagestan den "heiligen Krieg" nordkaukasischer Muslime gegen Moskau entfachen zu können, zeitgleich mit ähnlich gearteten subversiven Aktionen in Mittelasien agiert hatten.⁶ Der Einfall islamistischer Insurgenten usbekischer Nationalität aus Tadschikistan in die kirgisische Provinz Osch im August, der wochenlang die Streitkräfte Kirgistans und Usbekistans involvierte, und ein weiterer Terrorakt in der usbekischen Stadt Jangiabad Mitte November ließen auch in jenen Staaten der Region, die bisher mit dem Hinweis auf die "islamische Gefahr" zurückhaltender als Usbekistan umgegangen waren, die Besorgnis in dieser Hinsicht anwachsen. Auch in Kasachstan, wo die Möglichkeit einer religiösen Radikalisierung bislang äußerst niedrig angesetzt wurde, beginnt man, von einer "wahhabitischen Gefahr" zu sprechen, so der neue Ministerpräsident Tokajew: "Der sogenannte Wahhabismus ist eine Religion verarmter und frustrierter Menschen und derjenigen, die ihre Hoffnung auf die Zukunft verloren haben."⁷ Die Zahl der Verarmten, Enttäuschten und Hoffnungslosen ist auch in Kasachstan in den letzten Jahren dramatisch gewachsen. Das riesige Land zwischen Mittelasien und Sibirien gehört zur Peripherie der islamischen Zivilisation. Religion trug hier stets synkretistische Züge: Islam verband sich mit Schamanismus und anderen außerislamischen Kulturformen und war von Strömungen eines politisierbaren Fundamentalismus weit entfernt. In letzter Zeit wächst aber auch hier die Perzeption einer potentiellen Bedrohung durch den Import radikaler Islambewegungen aus dem Ausland. Im Oktober 1999 verwiesen die kasachstanischen Behörden in diesem Zusammenhang 50 Pakistaner des Landes.⁸

Ein vom kirgisischen Präsidenten initiiertter Gipfel der Verteidigungsminister der noch verbliebenen Mitglieder des "GUS-Sicherheitspakts" hatte im September mit Nachdruck die gemeinsamen Anstrengungen bei der Bekämpfung internationaler Terroristen betont. Im November wurden in Usbekistan Manöver unter dem Namen "Südschild der Gemeinschaft" unter Beteiligung russischer Soldaten durchgeführt und dem Thema "Terrorismusbekämpfung" gewidmet. Dabei hatte Rußland seinen sicherheitspolitischen Einfluß in Zentralasien bereits schwinden gesehen.

Am Westrand der GUS verfolgt vor allem die Ukraine den Krieg im Nordkaukasus mit gemischten Gefühlen. Von allen Staaten Osteuropas ist dieses Land dem "Rossijskij Kavkaz" geographisch am nächsten. "Der Blick von der Ukraine auf die Entwicklung im Nordkaukasus muß sich von der neutralen und besorgten Haltung Europas ebenso unterscheiden wie von der aggressiven und imperialen Rußlands. Er wird von den eigenen nationalen Interessen ebenso bestimmt wie von einer möglichen Reaktion der politischen Kreise Rußlands".⁹ Der Druck Moskaus auf Georgien und Aserbaidshan trifft Länder, mit denen die Ukraine innerhalb der durch den Beitritt Usbekistans zur GUUAM erweiterten Staatengruppe kooperiert – wobei die Kooperation auch zunehmend sicherheitspolitische Themen umfaßt und quasi die Gegenveranstaltung zum kollektiven Sicherheitsvertrag der GUS von 1992 bildet. In Kiew registriert man einerseits mit Besorgnis die "Konsolidierung um eine neo-imperiale Ideologie", für die der Kurs der Regierung Putin im Kaukasus und die Hinweise Rußlands auf "externe Bedrohungen" und "äußere Feinde" charakteristisch seien. Andererseits wird ein für die Legitimierung des Tschetschenienkriegs besonders hervorgehobener Hinweis Rußlands auf ein solches Feindbild, nämlich auf das internationaler islamistischer Netzwerke,

⁶ U. Halbach, Dihad vom Kaukasus bis Mittelasien? "Islamische Rebellen" im Kaspischen Raum und die Politik Usbekistans, Aktuelle Analyse, 33/1999.

⁷ Zit. in: financial times.com, 2.12.1999.

⁸ Ebenda.

⁹ Russian Policy in Northern Caucasus: A View from Ukraine. Occasional Report of the Center for Peace, Conversion and Foreign Policy of Ukraine. <http://www.cpcfpu.org.ua/>

die im exsowjetischen Raum subversive Akte inszenieren, in der Ukraine nicht ignoriert. Ein Übergreifen solcher Kräfte auf das eigene Territorium wird hier nicht ausgeschlossen, und in diesem Zusammenhang gerät das ungelöste Problem der Krimtataren ins Blickfeld. War die krimtatarische Bewegung in sowjetischer Zeit von radikalen religiösen Tendenzen entfernt und hatte ein Paradebeispiel für ein demokratisch orientiertes nationales Dissidententum geliefert, tauchen in letzter Zeit Meldungen über "islamistische Missionsbemühungen" unter den in ihre historische Heimat zurückgekehrten, aber in die politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen der Krimhalbinsel nicht integrierten Krimtataren auf. "Ein Erfolg der Islamisten im Kaukasus würde zweifellos die Haltung radikaler Kräfte unter den Krimtataren beeinflussen" – so die Einschätzung einer ukrainischen sicherheitspolitischen Analyse.¹⁰

Die islamische Dimension

Wie weit die Behauptungen russischer Quellen über die externe Unterstützung islamisch motivierter Kampfhandlungen gegen Rußland der Wirklichkeit entsprochen haben oder aber als Mittel zur Legitimierung von Kriegshandlungen propagandistisch überzogen gewesen sein mögen, in jedem Fall setzte sich Rußland durch diese Behauptungen und durch seinen Krieg gegen ein muslimisches Volk im Nordkaukasus mit der "Welt des Islam" in Beziehung – auch wenn es sich derzeit über den Krieg außenpolitisch stärker mit dem Westen auseinandersetzt und antiwestliche Töne in russischen Rechtfertigungen dominieren. Das führt zur Frage, wie sich Rußland und Islam zueinander verhalten.

Rußland hat in drei Sphären seiner Politik mit dem Islam zu tun:

- gegenüber dem *inneren Ausland*, d.h. gegenüber eigenen Föderationssubjekten, die im Islam wurzeln, wie Tatarstan und die nationalen Teilrepubliken im Nordkaukasus, und gegenüber der zweitgrößten Glaubensgemeinschaft in der Russischen Föderation;
- gegenüber dem *nahen Ausland*, d.h. gegenüber sechs Staaten der GUS, in denen die Bevölkerungsmehrheit von Muslimen gebildet wird. Mit den Eliten dieser Staaten zieht die russische Führung beim "Kampf gegen religiösen Extremismus" mehr oder weniger am gleichen Strang;
- gegenüber dem *fernen Ausland*, d.h. in seiner Außenpolitik gegenüber muslimischen Staaten des Mittleren Ostens und Asiens, von denen einige besondere Adressaten sowjetischer Außenpolitik waren und einige auch heute relativ enge Partner darstellen, wie z.B. der Iran.

In allen drei Bereichen waren die Reaktionen auf den Krieg gegen Tschetschenien bei weitem nicht so stark, wie es der Anspruch "islamischer Solidarität" hätte vermuten lassen, jedenfalls nicht auf *offizieller Ebene*. Hier wiederholte sich eine Erfahrung, die Rußland bereits im ersten Tschetschenienkrieg machen konnte.

Ein oberstes Gremium der offiziellen Geistlichkeit der Muslime Rußlands, ein Rat der regionalen Muftiate, unterstützte den Kampf gegen jegliche Form "islamistischen Terrors" und gegen die sogenannten "Wahhabiten", in denen die Muftiatsgeistlichkeit ihren eigenen Todfeind erblickt. Der Rat sprach lediglich seine Besorgnis vor unkontrollierter Gewalteskalation im Nordkaukasus aus. Besonders die Muftiate der nordkaukasischen Republiken – einschließlich Tschetscheniens – hatten in letzter Zeit den "Wahhabiten" den Kampf erklärt. Bereits im Juni 1998 war in Grosny ein Kongreß der Muslime des Nordkaukasus zusammengetreten, auf dem die religiösen Führer Tschetscheniens, Inguschetiens und Dagestans ihre Republikregierungen aufgefordert hatten, "alle extremistischen Tendenzen außerhalb des Gesetzes zu stellen, Kontrolle über alle islamischen Bildungseinrichtungen,

¹⁰ Ebenda; zur Verbreitung "islamistischer Aktivitäten" unter den Muslimen der Ukraine siehe J. Sokolovskaja, Krymskij razlom, in: Izvestija (Rossija), elektr. Version, 24.11.1999.

die Lehrliteratur, die Massenmedien auszuüben, um das Einsickern der schädlichen wahhabitischen Ideologie in die Gesellschaft zu verhindern".¹¹

In Dagestan trat nach der Beendigung der Kämpfe gegen die Rebellen in der Region Botlich und der Liquidierung der sogenannten "Wahhabitengemeinden" im Bezirk Bujnask ein Gesetz "Über das Verbot wahhabitischer und anderer extremistischer Tätigkeit auf dem Territorium der Republik Dagestan" in Kraft. Es soll die juristische Grundlage für den Kampf gegen religiösen Extremismus liefern und verbietet alle Gruppierungen, die für eine Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung (etwa mit dem Ruf nach dem "islamischen Staat"), die Untergrabung der Staatssicherheit und des gesellschaftlichen Friedens agitieren ebenso wie die Bildung bewaffneter Formationen, Kriegspropaganda sowie die Entfaltung von nationaler, rassistischer oder religiöser Zwietracht.¹² In Tschetschenien führte die Haltung gegenüber islamistischen Gruppierungen zum Bruch zwischen dem Präsidenten Maschadow und dem Mufti Ahmad Kadyrow, der bis dahin die Regierung aktiv gegen ihre radikalen Opponenten unterstützt hatte. Das geistliche Oberhaupt Tschetscheniens warf dem Präsidenten vor, gegenüber radikalen Akteuren wie Bassajew und Chattab nicht entschieden genug vorzugehen. Nachdem die Kriegshandlungen Rußlands gegen Tschetschenien bereits begonnen hatten, erklärte der Mufti das Territorium von Gudermes zur "wahhabitenfreien Zone" und trat auf die Seite Rußlands über. Als er daraufhin von Maschadow als "Verräter" gerichtlich verfolgt wurde, erhob der oben zitierte Rat der Muftis Rußlands seinen Fall zum Hauptthema einer Sondersitzung, auf der die Führer der geistlichen Verwaltungen rußländischer Muslime ihren bedrohten Amtskollegen unterstützten. Dabei waren Maschadow und die Regierung Tschetscheniens selber zum Opfer "islamistischer Opposition" geworden. Das Oppositionslager in der "Zwischenkriegszeit" kann in drei grundlegende Komponenten unterteilt werden: in die militärischen Formationen regierungsfeindlicher Feldkommandeure, in politische Oppositionsparteien und in religiöse Gemeinschaften, die unter dem undeutlichen Schlagwort und Sammelbegriff der "Wahhabiten" subsumiert werden.¹³ In die Verbindung zwischen militärischen und religiösen Oppositionsstrukturen hatten sich islamistische Kräfte aus dem Ausland eingeschaltet.

Präsident Maschadow und Moskau hatten in dieser Verbindung im Grunde genommen denselben Gegner. Nur hat Moskau den Kampf gegen diesen Gegner als Vorwand für die Wiedereroberung der abtrünnigen Republik benutzt und den Terrorismusvorwurf auf ganz Tschetschenien ausgeweitet. Für dieses pauschale Feindbild lieferte eine rassistische Perzeption gegenüber "Personen kaukasischer Nationalität" in der russischen Gesellschaft und insbesondere gegen das Volk der Tschetschenen, deren Darstellung als genetische "Banditen" russische Ethnostereotypen von Puschkin bis Putin bestimmt, psychologischen Rückhalt. Kräftig genährt wurden diese Stereotypen durch die tatsächlich überbordende Kriminalität, die vom zerstörten und zerspaltenen Nachkriegs-Tschetschenien ausging. Den Ausschlag gab dann die Schuldzuweisung für die hinterhältigen Bombenanschläge in Rußland an die tschetschenische Adresse.

Die Reaktionen des offiziellen "islamischen Auslands" auf den voll entfachten Krieg waren zurückhaltender als die der westlichen Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen. Eine Ausnahme bildete die allerdings nur von drei Staaten der Welt (Saudi-Arabien, Pakistan, VAE) anerkannte "Regierung" Afghanistans, die von Rußland über die ominöse Verbindung mit Usama bin Ladin massiv beschuldigt

¹¹ Nezavisimaja gazeta, 1.12.1999.

¹² Ebenda.

¹³ Zu der Unterteilung siehe T. Muzaev, Čečenskij krizis – 99. Političeskoe protivostojanie v Ičkerii: rasstanovka sil, chronika, fakty. Informacionno-ekspertnaja gruppа "Panorama", Moskva 1999, S. 27-33.

worden war, "islamistische Terrorakte" im Kaukasus und in Mittelasien zu unterstützen.¹⁴ Die größte zwischenstaatliche Organisation der "islamischen Welt", die "Islamic Conference Organization", forderte die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, die Rückkehr der Flüchtlinge und politische Konfliktlösungen. Ihr gegenwärtiger Vorsitzender, der iranische Außenminister Charrazi, begab sich am 7. Dezember mit einer Delegation auf eine Informationstour in den Nordkaukasus. Er stellte das "Tschechenien-Problem" als eine innerrussische Angelegenheit dar und drückte den Respekt der "muslimischen Welt" vor der "territorialen Integrität Rußlands" aus, trug der russischen Führung aber gleichzeitig die Sorge der ICO vor einer Eskalation militärischer Gewalt im Kaukasus und ihr Angebot, bei der Organisation einer friedlichen Lösung behilflich zu sein, vor.¹⁵ Der Iran versuchte seit der Übernahme des Präsidiums der ICO, die schwierige Balance zwischen islamischer Solidarität und dem Respekt vor der "ter-

¹⁴ Ein Sprecher des Außenministeriums des "Islamischen Emirats Afghanistan" formulierte am 14. Dezember die offizielle Erwiderung: Mit solchen Anschuldigungen wolle Rußland lediglich die eigene Bevölkerung für den Krieg motivieren und den Krieg selber gegenüber dem Westen als "Anti-Terror-Maßnahme" legitimieren. Die Beteiligung von Taliban-Kämpfern an dem Widerstand in Tschetschenien entspreche nicht der Wahrheit. Die "tschetschenische Frage" sei aber ein Problem der ganzen "islamischen Welt". Man betrachte deren Schweigen über die brutale Aggression gegenüber einem muslimischen Volk als schändlich. Etefaqe Islam, Herat, in: Dari, 20.12.1999, SWB South Asia, FE/3725 A/1 [1], 23.12.1999.

¹⁵ ITAR-TASS, in English, 7.12.1999.

itorialen Integrität" Rußlands zu wahren, mit dem ihn eine relativ enge außenpolitische Partnerschaft und gemeinsame Interessen im kaspischen Raum, in der Afghanistanpolitik und vor allem in der Ablehnung einer "unipolaren Weltordnung" verbindet. In russischen Quellen wird der "Islamischen Republik Iran" bescheinigt, daß ihre Führung in den letzten Jahren die pragmatische Zusammenarbeit mit den säkularen Regierungen der muslimischen GUS-Staaten gesucht habe, während von arabischen und sunnitischen Ländern von Saudi-Arabien bis Pakistan vor allem eine Unterstützung der "islamischen Wiedergeburt" im exsowjetischen Raum, darunter auch "islamistischer" Gruppierungen, ausgegangen sei.¹⁶

Auf einer anderen Ebene lagen die Reaktionen in der Bevölkerung der betreffenden Länder. Dort ließ sich eine Sympathiewelle für die Muslime Tschetscheniens beobachten. "Die Regierungen suchen diese, durch diplomatische Interventionen in Moskau aufzufangen. Gleichzeitig überwachen sie muslimische Hilfs- und Spendenaktionen, um die Unterstützung gewalttätiger Extremisten zu verhindern".¹⁷ In Kuwait, das von Moskau zusammen mit anderen arabischen Golfstaaten der Unterstützung islamistischer Gruppen im kaspischen Raum bezichtigt worden war, verfügte die Regierung die Aufsicht über die Finanzen und Aktivitäten sämtlicher islamischer Hilfswerke.¹⁸ Die schärfsten Reaktionen kamen aus der internationalen islamischen Diaspora. Der Führer des in London stationierten politischen Flügels einer "Internationalen islamischen Front", Scheich Omar Bakri Muhammad, rief die Muslime in der ganzen Welt zu Anschlägen auf russische Einrichtungen im Ausland auf. Mitglieder dieser Gruppe behaupteten, mehr als 2.000 Muslime aus Europa und Nordafrika hätten sich allein im November in das Kriegsgebiet begeben, um den tschetschenischen Glaubensbrüdern beizustehen.¹⁹ Wie unbewiesen solche Mitteilungen auch immer sein mögen, sie deuten doch an, auf was sich Rußland einläßt, wenn es sich mit der gewaltsamen Wiedereingliederung Tschetscheniens einen dauerhaften Herd für eine Partisanenaktivität einverleibt, die als "heiliger Krieg" etikettiert werden kann.

Uwe Halbach

¹⁶ Siehe z.B. R.S. Safarov in: *Nezavisimaja gazeta*, 8.10.1999.

¹⁷ NZZ Online, NZZ-Archiv "Islamische Solidarität mit Tschetschenien", 22.12.1999.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Kavkaz-Centr, 14.12.1999: <http://www.kavkaz.org/news/dekabr/14-12/news4.htm>